

Die Lage in Litauen ist gespannt. Neu sind die Zwischenfälle an der belorussisch-litauischen bzw. der lettisch-litauischen Grenze, die ein Todesopfer und Verwundete gekostet haben und von den sowjetischen Sicherheitstruppen inszeniert worden sind. Neu ist aber auch die entschlossene Front der »Union der Landarbeiter«, die am 23. Mai aus allen Landesteilen vor dem Parlament zusammenkamen, um die Regierung auf die verzweifelte Situation der Landwirtschaft aufmerksam zu machen. Sie kamen mit Brot und Salz und wurden von den Pfiffen jener Superpatrioten vertrieben, die die radikale Front des Sajūdis eiligst zusammengerufen hatte. Präsident Landsbergis war wie immer beschäftigt, er empfing Egon Bahr.

Ein unbequemer Intellektueller ist der Philosoph Alvydas Juozaitis. Man stellte ihn als Kandidaten zu den Parlamentswahlen auf. Er lehnte ab. Man bot ihm den Posten des Außenministers an. Er lehnte ab. Dafür liefert er kritische Analysen der derzeitigen Regierungspolitik.



Vilnius

Gespräch mit dem litauischen Philosophen Alvydas Juozaitis

Mystizismus oder Vernunft

FREITAG: Welche Perspektiven sehen Sie für Litauen heute?

ALVYRDAS JUOZAITIS: Unter der gegenwärtigen Regierung sehe ich keine Perspektiven. Wir haben an sie geglaubt, aber es gibt einfach zu wenig kompetente, vorbereitete Leute. Übrigens ist die Hoffnung auf die Intelligenz groß, auf ihre Kompetenz. Ich habe in der letzten Zeit viele Vorlesungen gehalten und nirgendwo eine Abwehrhaltung bemerkt. Das kann sich freilich ändern, wenn auch eine neue Regierung die Probleme nicht löst.

Rechnen Sie mit einer neuen Regierung?

Ja. Die wirtschaftliche Situation ist sehr schwierig. Die Macht ist paralyisiert. Und diese Paralyse wird im Herbst völlig sichtbar werden. Die erste Welle unserer Demokratiebewegung gründete sich auf den Widerstand gegen das alte System. Im positiven Sinne sind wir noch wenig handlungsfähig.

»In mystischer Umarmung« heißt der Titel eines Ihrer Artikel. Sie sprechen von einer Art heidnischen Mystizismus, mit dem sich die Macht umhüllt und jegliche Opposition als Anschlag wertet.

Ich kenne viele Leute, die sich im Moment ganz oben befinden, sogar Minister, die haben während der Sajūdis-Zeit gesagt, daß Demokratie ein schönes Wort ist, man muß es gebrauchen, aber eine Demokratie wird es in Litauen nicht geben. Wenn ich also jetzt höre, daß man auf Demokratie noch warten muß, so kann ich das nur im Interesse ihrer Machterhaltung verstehen. Aber das sind subjektive Gründe. Objektive Gründe für die schwierige Situation der Opposition

gibt es andere: fehlende Traditionen, ein wenig entwickeltes Rechtsbewußtsein im Volk.

Wir haben keine Bürgerkomitees wie in Estland oder Lettland, die einen Kongreß organisieren würden, der den »Kongreß Litauens« wählen könnte. Der »Kongreß Estlands« übt auf die Regierung Rūtel einen großen Druck aus, er besitzt Machtkontrolle. In Litauen haben wir vor allem geglaubt: eine neue Macht wird kommen und schon irgendwie wissen, wie alles zu lösen ist. Aber jetzt hat sich eine Opposition formiert, die natürlich auf Wahlen aus ist. Ich denke, daß etwa in einem Jahr in Litauen Neuwahlen stattfinden werden. Wenn die jetzige Macht zuwenig Kompetenz besitzt, müssen sich irgendwo kompetente Leute zusammenschließen. Wir müssen uns auf die Vernunft stützen. Die neue Regierung wird aus den Fehlern der alten lernen, obwohl ich glaube, daß auch sie es noch sehr schwer haben wird. Ein Kurswechsel der jetzigen Regierung wird kaum noch etwas ändern. Sie hat eine völlig antiökonomische Politik betrieben – bezüglich der Steuern, der Landwirtschaftspolitik, der Rückgabe des Eigentums. Alles kommt zu früh und ist nicht vorbereitet. Das Volk nimmt sie nicht mehr an.

Auch Sajūdis meint, für das Volk zu sprechen, und Präsident Landsbergis tritt in seinem Namen auf.

Das Volk muß jetzt eine Organisation besitzen, die es annimmt. Und Sajūdis besitzt im Moment nur noch sehr wenig Autorität. Statistische Angaben zeigen, daß sogar die ehemali-

gen Kommunisten (die LDDP um Brasauskas) heute höher im Kurs stehen. Das »Forum der Zukunft Litauens«, das sich am 13. April als oppositionelles Gremium gründete, könnte ein Referendum fordern, um Neuwahlen zu erreichen. Wir haben bereits 300 000 Unterschriften für Neuwahlen für ein neues Parlament. Ich habe aber nicht die Illusion, daß das »Forum« Sajūdis besiegt und sich wieder eine neue Kraft formieren wird. Das ist auch nicht nötig. Von mir aus soll der Sajūdis bestehen bleiben. Aber er wird einer rechten Partei ähneln.

Sie haben sogar gesagt, es sei gut, daß es keine Partei gibt, die allein die Führung übernehmen könnte.

Ja, das ist gut, weil man eine Koalition schaffen kann, in der sich die Parteien zusammenschließen, weil sie allein zu schwach sind. Ich denke, es wird im Parlament in Zukunft eine rechte Koalition und ein Zentrum geben. Die LDDP wäre von ihrer Orientierung her für eine linke Koalition geeignet, und sie hat jetzt, wo in ihr mehr Vernunft als im Sajūdis herrscht, auch Zulauf. Aber es gehen auch starke nichtkommunistische Kräfte in das Forum ein, um einen Sieg der Linken zu verhindern.

Wie stellen Sie sich die weitere Entwicklung Litauens vor?

Der Prozeß von Helsinki wird einige der wesentlichen Fragen des Baltikums lösen. Helsinki II könnte ein Forum zusammenrufen, das sich der Fragen des Baltikums annimmt – auch auf der Basis der Haager Konvention. Dann wären noch einige juristische

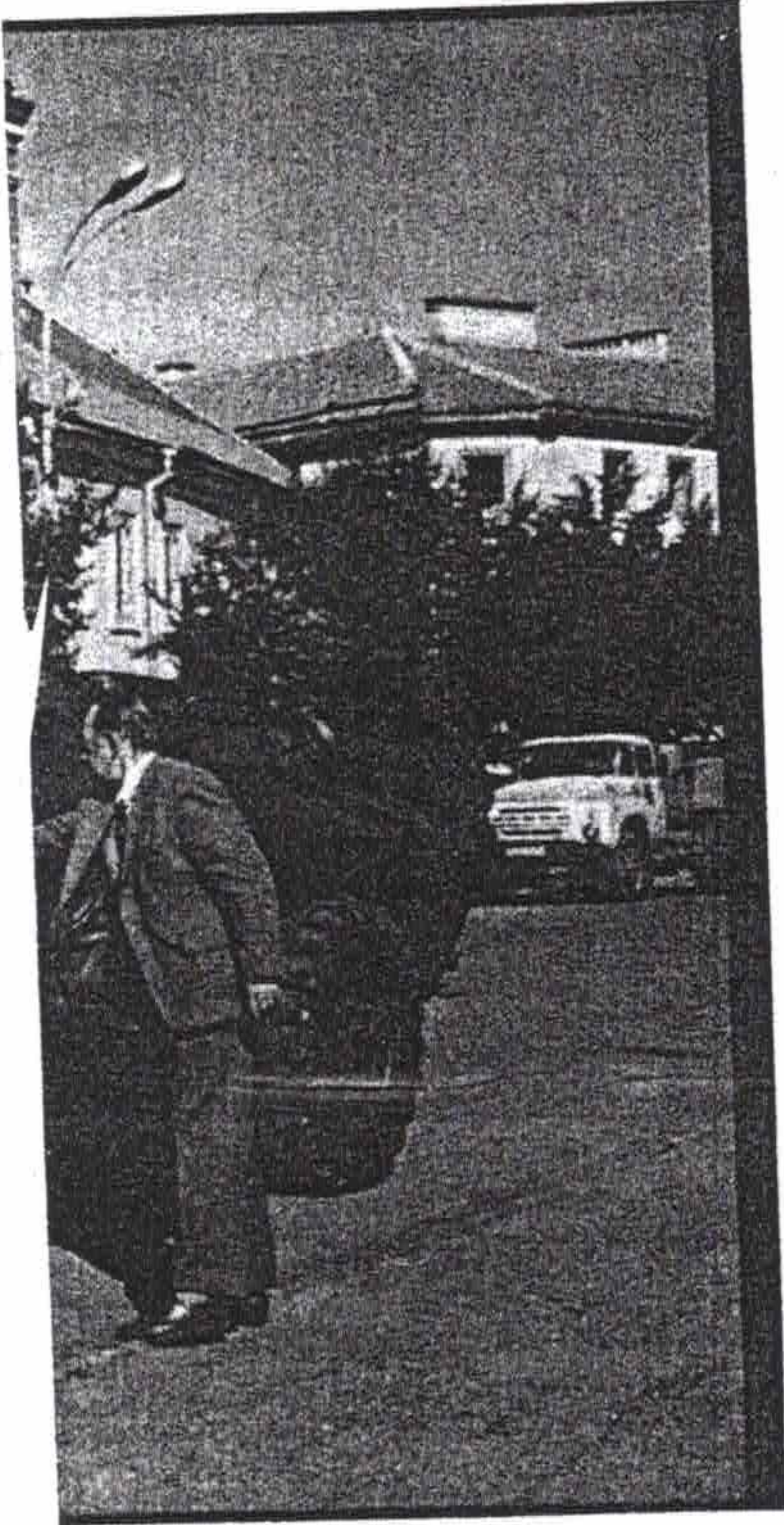


Foto: Jens Frank

Fragen betreffs der Integration der baltischen Staaten in Europa zu lösen. Ich denke, 1995 könnte dieser Prozeß abgeschlossen sein. Unsere Regierung hat sich dazu noch nicht klar geäußert, sie flüchtet sich ins Mystische. Herr Landsbergis hat Herrn Bush eine Resolution vom Meeting des Sajūdis am 4. Mai überbracht mit der Bitte des litauischen Volkes um die Anerkennung unseres Staates. Das ist einfach lächerlich, bei einer solchen Anspannung, einem solchen Druck handelt die Macht ohne jedes Programm, beruft sich ständig auf ihre edle Mission. Immer heißt es: »Gleich, gleich!« Es muß gehandelt werden, damit 1995 keine Illusion bleibt.

Welche ökonomischen Konzeptionen hat das »Forum der Zukunft Litauens« anzubieten?

Im Moment gibt es nur Überlegungen bezüglich einer Stabilisierung der Lage, keinerlei perspektivische Konzeptionen. Das Forum war der erste Versuch, all die Kräfte zusammenzuführen, denen es um eine Stabilisierung geht. Jetzt muß alles dafür getan werden, damit sich die sozialen Konflikte nicht mehr zuspitzen. Das Forum sollte die Krankheit stabilisieren, damit sie sich nicht noch mehr ausbreitet. Die Therapie muß jetzt folgen.

Man sagt von Ihnen, daß Sie einer der euphorischsten Begründer des Sajūdis gewesen seien. Aber dann hätten Sie sich – vor allem nach einem Aufenthalt in den USA – völlig verändert, Sie seien zurückhaltender geworden.

Ach, irgendwie braucht der Mensch heute den Mythos. Ich weiß, daß um mich mitunter so eine Art Aureole gesponnen wird. Wie sich die litauische Revolution wirklich abgespielt hat, werden wir in 20 Jahren wissen. Als ich aus Amerika zurückkam, hatte die Bewegung ein bestimmtes Maß überschritten. Ich hatte eine These,

die habe ich an die Wandzeitung im Sajūdis-Gebäude geschrieben, sie steht noch heute dort: »Die Wahrheit macht Euch freier!« Das sind Worte aus dem Evangelium des Matthäus und sie haben für mich heute noch die gleiche Bedeutung. Auf dem Gründungskongreß des Sajūdis haben wir gesagt, daß wir ein freies und kluges Litauen brauchen. Aber die Menschen haben vor allem das Wort »frei« akzentuiert. Jetzt betonen wir die Vernunft. Aber für mich ist das unteilbar. Litauen hat sich verändert, darauf muß reagiert werden. Der Fanatismus, der am Anfang nötig war, er ist zur Mode geworden. Aber man muß vorausschauen!

Ich habe es abgelehnt, zu all den Meetings zu gehen, die im Sommer 1989 stattfanden. 1988 waren die Meetings noch gefährlich, später war es die reinste Kur. Jeder ging und schrie, was er wollte. Ich habe damals einfach zu sagen begonnen, daß es nun reicht, daß wir jetzt erörtern müssen in wessen Namen wir die Freiheit Litauens anstreben.

Sie haben eine Dissertation zum Verhältnis von Vernunft und Humanismus geschrieben, speziell Wilhelm Diltheys »Lebensphilosophie« untersucht. Haben Sie sich auch zum Marxismus hingezogen gefühlt? Konnten Sie als Philosoph überhaupt Einfluß nehmen auf die Entwicklung? Gerade die Philosophie war in den sozialistischen Ländern doch dem Diktat unterworfen. Was haben Sie riskiert?

Bei uns herrschte eine andere Situation als, sagen wir, in der DDR. Vielleicht auch, weil man in Moskau so schlecht Litauisch verstand? Für den Marxismus hatte ich ein rein intellektuelles Interesse. Ich habe ihn etwa von 1972–1980 studiert, dann ging ich zu den anderen Philosophen über. Die Philosophie war die freieste Disziplin innerhalb der Geisteswissenschaften. Ich mußte nie lügen. Wir waren eine Art Insel. Freilich, unsere Leiter waren Parteimitglieder, aber sie haben uns alles erlaubt, es gab keine Begrenzungen. Als die Sajūdis-Bewegung begann, waren die Philosophen die aktivsten. Wir waren eine Gruppe von sechs Leuten: R. Ozolas, B. Genzelis, B. Kuzmickas (der Arme, er ist heute der Stellvertreter von Landsbergis), J. Minkevičias, V. Radžvilas und ich.

Warum wollten Sie selbst nicht Deputierter werden? Haben Sie auch heute keinerlei Führungsambitionen?

Der Sieg über die alte Nomenklatura war bereits völlig klar. Die Reformkommunisten schlugen neue Wege ein und auch wir hatten uns verändert. Mich interessierte das bereits nicht mehr. Ich denke, auch diese Wahlen werden die Probleme in Litauen noch nicht lösen, es muß ganz neue Wege geben. Aber sobald eine Regierung einmal an der Macht ist, ist sie für neue Wege nicht bereit.

Sie bleiben in der Opposition?

Wichtig ist nicht die »ewige Opposition«, sondern die »ewige Opposition der Vernunft«. Ob ich ewig in der Opposition bleibe, weiß ich nicht.

Aber dennoch wollen Sie doch irgendetwas verändern, sonst würden

Sie doch nicht so viel publizieren?

Ja.

Sie fühlen sich verantwortlich?

Ja.

Warum wollen Sie dann nicht mitregieren? Wenn es für Litauen eine Zukunft geben soll, sind doch mutige und kluge Leute nötig?

Ich denke, es gibt in Litauen auch ohne mich genug kluge Leute. Für mich ist das einfach ein persönliches Problem. Wenn ich an die Macht käme, würde ich wohl mehr Fehler machen, als Gutes tun. Ich habe einfach noch nicht genug menschliche Erfahrung, obwohl ich so jung nicht mehr bin, ich bin 35 Jahre alt. Aber Menschen zu leiten, außerdem noch dem Volk zu gefallen und all die Dinge zu verstehen, die zu verändern sind, das ist höhere Mathematik. Vielleicht bringt mein Charakter mir da Rettung, ich fürchte einfach, daß ich dem nicht entsprechen kann. Ich muß dazu noch eine Weile leben. Aber Einfluß auf die Politik kann man auch auf andere Weise nehmen. Im Moment weiß ich noch nicht, was besser ist. Aber kluge Leute gibt es genug in Litauen.

Die wollen sich aber nicht engagieren?

Jetzt, wo man sieht, was passiert ist, wollen sie das schon.

Haben Sie irgendwelche Staatsmodelle in Europa im Auge, nach denen Sie Litauen aufbauen wollten?

Mit Dänemark haben wir viele Gemeinsamkeiten, die geopolitische Lage zum Beispiel. Auch Dänemark interessiert sich für unser Land. Der Außenminister war kürzlich da, viele Journalisten kommen her. Ich selbst werde nächste Woche wieder nach Dänemark fahren, wir schreiben dort ein Buch. Mich interessiert die Umsetzung der sozialliberalen Ideologie in die Praxis.

Es gibt zur Zeit in Litauen radikale aller Couleur. Fürchten Sie nicht, daß es auch für Sie gefährlich werden könnte, hier zu leben, wenn Sie ständig weiter wider den Stachel locken?

Ich kann nicht sagen, daß ich mich fürchte, aber es wäre wohl noch gefährlicher, wenn es kein Forum gäbe. Das Forum kann einen schützen.

Inzwischen hat sich in Vilnius eine »Opposition der Opposition« formiert, der prominente Wissenschaftler und Literaten angehören. Sie wehren sich dagegen, daß das »Forum der Zukunft Litauens« für die Intellektuellen gesprochen zu haben meint. Sich von den Rechten und Linken abgrenzend, verweisen sie auf die kritische Situation im Land, die eine geschlossene Opposition nicht erlaube. Am 22. Mai haben die Rayondeputierten des polnischen Gebiets Šalčininkai die nationale und territoriale Autonomie ausgerufen. Immer noch sind Fernsehturm und Pressezentrum von der Sowetskaja armija besetzt, Panzer und Waffen reichen für den zweiten großen Anschlag. Verhindern wollen ihn Regierung und Opposition und die neu gebildete Charta (gegen die Opposition), gelingen wird es ihnen nur gemeinsam.

Das Interview führte Christina Basche